

AUF DER GALERIE...

DEBATTEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

Jour Fixe der
Heinrich-Böll-Stiftung und der tageszeitung

Wann:

jeden ersten Dienstag im Monat
(außer August und Januar)

DER ERNSTFALL IN DARFUR: VERSAGT DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT ERNEUT?

■ DER ERNSTFALL IN DARFUR: VERSAGT DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT ERNEUT?

Das Ultimatum der sudanesischen Regierung an den UN-Sondergesandten Jan Pronk im Sudan zur sofortigen Ausreise ist der letzte, traurige Höhepunkt einer langen Reihe von Eskalationen und Vertragsbrüchen. Der Sonderbeauftragte hat die Aufgabe, die Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens zu beobachten und zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Darfur beizutragen. Der Führung der National Congress Party (NCP) ist jedoch jedes Mittel Recht, um ihre Herrschaft in Khartum zu sichern. So wird das im Frühjahr hastig formulierte und unter Druck durchgesetzte Friedensabkommen für Darfur, das die sudanesishe Regierung zu Macht- und Ressourcenteilung mit ihrem ehemaligen Bürgerkriegsgegner SPLM im Süden des Landes verpflichtet, systematisch unterminiert. Die Regierung weigert sich, den im Abkommen vorgesehenen Zugang von UN- oder Nato-Truppen nach Darfur zu gewähren. Nur mit Mühe konnte eine Verlängerung der Anwesenheit der African Mission in Sudan (AMIS) bis zum Jahresende ausgehandelt werden. Die circa 7000 afrikanischen Soldaten sind aufgrund ihrer schlechten Versorgung und Ausrüstung jedoch kaum in der Lage, die gewaltsamen Übergriffe der regierungstreuen Janjaweed-Milizen auf die Zivilbevölkerung zu stoppen. Die Übergriffe und Auseinandersetzungen nehmen weiter zu. Wenn die Militäroffensive nicht umgehend gestoppt wird, werden tausende weiterer Zivilisten in den nächsten Wochen sterben. Auch die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sind zur Zielscheibe geworden, so dass eine Versorgung der Bevölkerung kaum möglich ist.

Die internationale Staatengemeinschaft hatte sich zwar nach dem Völkermord in Ruanda verpflichtet, künftig mit allen Mitteln einen weiteren Genozid zu verhindern.

Doch am „Casus Darfur“ zeigt sich erneut, wie unterschiedliche, als „strategisch“ definierte nationale Interessen schnelle und zielorientierte Maßnahmen der Völkergemeinschaft zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe blockiert werden: Sowohl Russland als auch die Staaten der Arabischen Liga, vor allem aber China weigern sich bislang, Sanktionen zur Durchsetzung der vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Entsendung internationaler Truppen zuzustimmen. Für China ist der Sudan mit seinen Erdöl- und Erzvorkommen einer der wichtigsten Rohstofflieferanten im weltweiten Wettlauf um knapper werdende Ressourcen. Der Konflikt in diesem afrikanischen Land an der Grenze zwischen dem muslimischen und Subsahara-Afrika ist daher zugleich für Peking die Nagelprobe seiner Anfang des Jahres explizit ausformulierten Afrikapolitik, die auf den Prinzipien der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und beiderseitigem Gewinn beruht. Erstmals lassen sich im Sudan-Konflikt wie in einem Brennglas somit die Auswirkungen eines neuen Machtgefüges in der internationalen Politik beobachten. Während die USA – durchaus auch mit Blick auf diese neuen Machtverhältnisse – mittlerweile mit verstärktem Druck auf eine Lösung drängen, zögert die EU noch, den offenen Konflikt mit den konkurrierenden Großmächten zu suchen.

Lässt sich die Eskalation im Darfur-Konflikt noch mit diplomatischen Mitteln verhindern oder steuert das Land auf eine weitere humanitäre Katastrophe unabsehbaren Ausmaßes zu? Mit welchen konkreten Maßnahmen kann und muss die internationale Staatengemeinschaft intervenieren, um die Gewaltspirale anzuhalten? Besteht eine realistische Aussicht auf eine erfolgreiche Einbindung Chinas, Russlands und der Staaten der Arabischen Liga in eine effektive Strategie zur Verhinderung eines weiteren Völkermordes?

Unsere Gäste:

Volker Beck MdB

menschenrechtspolitischer Sprecher von
Bündnis90/Die Grünen

Pekka Haavisto

EU-Sonderbeauftragter für die Republik Sudan

Lotte Leicht

Human Rights Watch

Reiner Morell

Auswärtiges Amt, Referatsleiter Ostafrika

Moderation:

Dominic Johnson

die tageszeitung

**Dienstag, 7. November 2006
19.30 Uhr**

Auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41, Aufgang 1, 5. OG
10178 Berlin

Teilweise in englischer Sprache mit
Simultanübersetzung
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Informationen:

Heinrich-Böll-Stiftung,
Ingrid Spiller, T. 030.285 34-304, spiller@boell.de
Annette Kraus, T. 030.285 34-314, kraus@boell.de

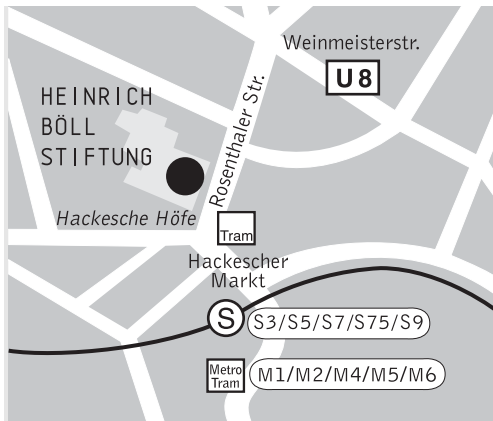
AUF DER GALERIE...

DEBATTEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

Jour Fixe der
Heinrich-Böll-Stiftung und der tageszeitung

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

 **die tageszeitung**



WEGBESCHREIBUNG

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe,
Aufgang 1, 5.OG
Rosenthaler Str. 40/41,
10178 Berlin
S-Bahn: Hackescher Markt
U-Bahn: Weinmeisterstraße



**„Einmischung ist die einzige Möglichkeit,
realistisch zu bleiben.“**

Zitat aus Heinrich Böll: Einmischung erwünscht.
Erstdruck in der New York Times vom 18.2.1973
unter dem Titel: A Plea for Meddling

AUF DER GALERIE...

DEBATTEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

 **die tageszeitung**

**DER ERNSTFALL IN DARFUR:
VERSAGT DIE INTERNATIONALE
GEMEINSCHAFT ERNEUT?**

**Dienstag, 7. November 2006
19.30 Uhr**

Unsere Gäste:

Volker Beck MdB
mensenrechtspolitischer Sprecher von
Bündnis90/Die Grünen

Pekka Haavisto
EU-Sonderbeauftragter für die Republik Sudan

Lotte Leicht
Human Rights Watch

Reiner Morell
Auswärtiges Amt, Referatsleiter Ostafrika

Moderation:
Dominic Johnson
die tageszeitung

Teilweise in englischer Sprache mit
Simultanübersetzung
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich